

PUNKT



Strukturfonds
in Berlin

Die Krise ist ein Weckruf

Seite 3–5

Interview mit Harald Wolf

Seite 6–7

Informationsaktion:
Europa ist hier!

Seite 10–12





Inhalt

EUROPAREPORTAGE

- ★ Die Krise ist ein Weckruf 3-5

EUROPA-INTERVIEW

- ★ Gespräch mit Harald Wolf 6-7

EFRE-PROJEKT IN BERLIN

- ★ Ein erheblicher Wirtschaftsfaktor 8

ESF-PROJEKT IN BERLIN

- ★ Lernnetzwerk IMPART 9

INFORMATIONSAKTION

- ★ Europa ist hier! 10
- ★ Informationen erlebbar machen 11
- ★ Die Baufachfrauen 12

FACHKRÄFTESTUDIE

- ★ Die richtige Antwort 13-14

AUF DEN PUNKT

- ★ Gründer- und Unternehmertage
- ★ Ist deutsches Brot ungesund?
- ★ Ausgestaltung der Europäischen Bürgerinitiative 15

SCHLUSSPUNKT

- ★ Zu Recht befragt: Verbot der Diskriminierung wegen des Alters
- ★ EU-Arbeitsmärkte erholen sich weiter 16

ZUR SACHE

„Europa 2020 – eine neue Wirtschaftsstrategie“



Peter Walch

Europäische Strukturfondsförderung in Berlin

Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Technologie und Frauen

Martin-Luther-Str. 105
10820 Berlin
Tel.: 030 9013 8334
Fax: 030 9013 7520

Die Lissabon-Agenda war gestern, Europa 2020 ist morgen. Mit einer neuen Wirtschaftsstrategie will die EU die gravierendste ökonomische Krise seit ihrer Gründung überwinden. Der weltweite Konjunkturerinbruch im Jahre 2008 hat den Fortschritt von über einem Jahrzehnt ausradiert. In der EU verloren innerhalb von 8 Monaten rund 7 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz und ließen die Arbeitslosenzahlen auf über 23 Millionen hochschnellen. Anfang 2010 erreichten die Haushaltsdefizite 7 % des Bruttoinlandsproduktes und die Staatsschulden stiegen auf über 80 % an.

Die Krise hat Stärken und Schwächen des europäischen Konzeptes offengelegt. Sie hat gezeigt, dass die Wirtschaften der EU-Länder eng miteinander verzahnt sind und dass Europa gemeinsamen Erfolg oder gemeinsamen Misserfolg hat. Europa hat keine Wahl. Es muss einen neuen Weg gehen, neue Ideen umsetzen und sich auf seine Stärken berufen. „Wenn wir nicht handeln“, so Kommissionschef José Manuel Barroso, „droht die Zweitrangigkeit und die relative Bedeutungslosigkeit Europas auf der Weltbühne.“

Der am 3. März veröffentlichte Vorschlag der Kommission für eine neue Strategie „Europa 2020“ baut auf dem bisher Erreichten und den dabei gemachten Erfahrungen auf. Der Vorschlag stützt sich auf eine öffentliche Konsultation, in deren Rahmen über 1.500 Stellungnahmen eingegangen sind. Aus struktureller Sicht kann die neue Strategie jedoch nur erfolgreich sein, wenn auch wie bisher die Europäischen Strukturfonds als Finanzierungsinstrument zur Umsetzung der Strategie zur Verfügung stehen. Es muss sichergestellt sein, dass auch über 2013 hinaus der Einsatz der Strukturfonds in allen Regionen Europas erfolgen kann und die neue Strategie den Regionen zur Umsetzung reale Kompetenzen verleiht. ●

Impressum

Punkt erscheint 6 x jährlich
unentgeltlich
ISSN 1434-3991

Herausgeber und Bezugsadresse
Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Technologie und Frauen
Referat III C – Europäische
Strukturfondsförderung
Martin-Luther-Straße 105
10825 Berlin
Ansprechpartnerin:
Gabriela Lauff
Telefon 030 90138935
Telefax 030 90137520
punkt@senwtf.berlin.de
[www.berlin.de/sen/strukturfonds/
oeff_arbeit/punkt/punkt.html](http://www.berlin.de/sen/strukturfonds/oeff_arbeit/punkt/punkt.html)

Redaktion
Convis Consult und Marketing
GmbH, Berlin

www.convismedia.eu

Layout
SPREE-PR, Berlin 
www.spree-pr.com

Fotonachweis
Archiv, Nina Altmann, Patrick
Schneider, EU-Kommission, SKM,

Sebastian Pripad

Die Redaktion behält sich vor,
eingereichte Beiträge zu kürzen.
Namentlich gezeichnete Beiträge
und Leserzuschriften geben
nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder. Jeglicher
Nachdruck von Beiträgen (auch
auszugsweise) ist nur mit Quel-
lenangabe gestattet und bedarf
der Zustimmung des Autors. Die
Zusendung eines Belegexemplars
ist erforderlich. Für eingesandte
Manuskripte, Vorlagen, Cartoons
und Fotos wird keine Gewähr
übernommen.
PUNKT wird aus Mitteln des Euro-
päischen Sozialfonds gefördert.
V.i.S.d.P. Gabriela Lauff
Gedruckt auf chlorfrei gebleich-
tem Papier
Mai/Juni 2010,
19. Jahrgang, Ausgabe 99


Senatsverwaltung für
Wirtschaft, Technologie
und Frauen

Über Ihre Hinweise, Wünsche, Anregungen oder Kritik würden wir
uns freuen. Bitte per E-Mail an: punkt@senwtf.berlin.de



STRATEGIE EUROPA 2020

„Die Krise ist ein Weckruf“

Wir schreiben das Jahr 2010, und eigentlich sollte die Europäische Union heute der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt sein, so zumindest lautete das ehrgeizige Vorhaben der europäischen Staats- und Regierungschefs zur Jahrtausendwende. Doch nicht zuletzt die Krise hat den Europäern aufgezeigt, dass mit der vor zehn Jahren beschlossenen Lissabon-Strategie zwar Millionen von Arbeitsplätzen geschaffen und vielerorts die Konjunktur und die Wirtschaft angekurbelt werden konnten, aber die Strategie nicht stark genug war, um vor den Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise geschützt zu sein. Millionen Menschen haben so in den vergangenen Jahren ihren Arbeitsplatz verloren, Schuldenberge häuften sich an, die Armut nimmt zu und auch der soziale Zusammenhalt leidet unter den turbulenten Zeiten, die die Errungenschaften der letzten Jahre zunichtemachen. Zudem verschärfen sich die Probleme noch zusätzlich durch Globalisierung, Demografie und Ressourcenknappheit.

Der Weichensteller für das kommende Jahrzehnt

Die Lissabon-Strategie gilt trotz einiger wichtiger Errungenschaften als gescheitert und nun ist eine neue Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum gefordert. „Die Krise ist ein Weckruf“, erkennt auch EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und will die EU nicht nur durch schweres Fahrwasser steuern, um die Krise erfolgreich zu überwinden, sondern Europa wieder langfristig auf den richtigen Kurs führen. „Jetzt schlägt die Stunde der Wahrheit“, unterstreicht Barroso die Dringlichkeit einer Reform bei der Vorstellung der neuen Strategie „Europa 2020“. Primärziel der neuen Initiative ist es, mehr Arbeitsplätze und eine höhere Lebensqualität für EU-Bürgerinnen und -Bürger zu schaffen. So soll durch eine enge Kooperation der Mitgliedsstaaten das Bruttoinlandsprodukt mittelfristig um zwei Prozent wachsen. Ferner zielt die Strategie darauf ab, dass bis 2020 drei Viertel der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter eine Arbeit haben und drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU in Forschung und Entwicklung investiert werden. Des Weiteren soll der Anteil der Schulabbrecher verringert und mehr jungen

Menschen der Zugang zur Hochschule ermöglicht werden. Außerdem zielt die Kommission darauf ab, dass 20 Millionen Menschen weniger von Armut bedroht sind und dass die Klima- und Energieziele erreicht werden (wodurch in der EU bis zu 600.000 neue Arbeitsplätze entstehen könnten). Mit der Initiative Europa 2020 sollen die Weichen für das nächste Jahrzehnt gestellt werden und die EU-Wirtschaft auf die kommenden Jahre vorbereitet werden. Im Vordergrund dabei steht vor allem, die Lebensqualität der Europäer zu erhalten bzw. zu verbessern sowie Beschäftigung, Qualifizierung, Weiterbildung, Produktivität und sozialen Zusammenhalt zu fördern.



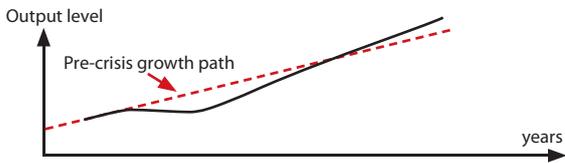
EU-Kommissionspräsident Barroso will bis 2020 mehr Arbeitsplätze und eine höhere Lebensqualität in der EU schaffen.

Was bringen die EU-Strategien den Menschen vor Ort?

Ob nun Lissabon-Strategie oder Europa 2020, letztendlich geht es darum, die EU-Wirtschaft und -Infrastruktur zu stärken. Und dieser Weg führt fast ausschließlich über die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union: Stehen diese in Lohn und Brot, sind gut ausgebildet, innovativ und ambitioniert steht der positiven Entwicklung Europas nichts entgegen. Die Förderung der Menschen vor Ort ist also eine wichtige Voraussetzung für die Stabilisierung der EU und umgekehrt auch ein Zeichen an die Europäer, wie wichtig eine starke Europäische Union für sie ist. Gerade in Metropolen wie Berlin mit strukturschwachen und sogenannten benachteiligten Stadtquartieren sind EU-geförderte Fördermaßnahmen daher

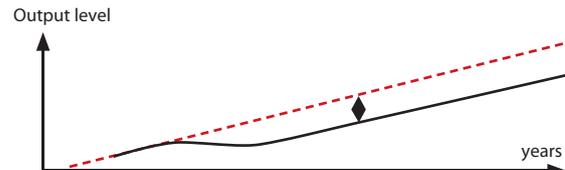
Drei Szenarien für Europa im Jahr 2020

Szenario 1: Nachhaltiger Aufschwung



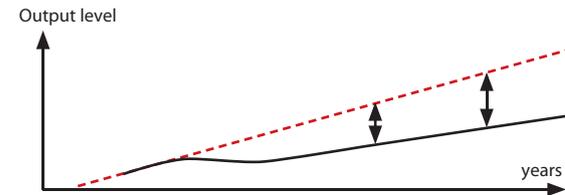
Europa ist in der Lage, vollständig zur früheren Wachstumsentwicklung zurückzukehren und sein Potenzial für noch weitergehende Leistungen auszubauen.

Szenario 2: Schleppender Aufschwung



Europa hat dauerhafte Wohlstandseinbußen erlitten und beginnt auf dieser unsicheren Grundlage wirtschaftlich erneut zu wachsen.

Szenario 3: Verlorenes Jahrzehnt



Europa hat dauerhaft seinen Wohlstand und sein Potenzial für künftiges Wachstum eingebüßt.

von großer Bedeutung, um die Bewohnerinnen und Bewohner aber gleichzeitig auch Berlin als ein Teil der Europäischen Union zu stärken. Von Weiterbildungsmaßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund, über die Qualifizierung Langzeitarbeitsloser für den Arbeitsmarkt bis hin zu Beratung und Schaffung von Infrastrukturen für Existenzgründerinnen und -gründer – für Berlinerinnen und Berliner entsteht durch die Europäischen Strukturfondsförderungen ein Mehrwert, der längerfristig bessere Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und eine nachhaltige Entwicklung garantieren soll.

Lokale Ökonomie stärkt benachteiligte Stadtquartiere

Jedoch bedarf es bei der Unterstützung der Menschen vor Ort bis 2020 noch einiger Anstrengungen, will man die vorgegebenen Ziele erreichen. Denn gerade in benachteiligten Stadtquartieren in Berlin herrscht teilweise noch eine hohe Arbeitslosigkeit, es gibt immer noch zu wenig Qualifizierungs- und Ausbildungsangebote und auch an Beschäftigungsmöglichkeiten mangelt es. Die EU-geförderte Strategie „Lokale

Ökonomie“ soll dabei helfen, die Lücken langsam zu füllen und zur Stabilisierung und Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Stadtquartieren beizutragen. Es lassen sich drei Bereiche der Lokalen Ökonomie unterscheiden, die jeweils die im Quartier ansässige Bevölkerung fördern. Zum einen sollen lokal ansässige Unternehmen und Existenzgründungen unterstützt werden, wobei hier besonders Kleinbetriebe des Einzelhandels und Handwerks durch Beratungsangebote, Informationsarbeit und Unternehmensnetzungen gefördert werden. Ein zweiter wichtiger Ansatzpunkt der Lokalen Ökonomie ist, Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern den Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen durch intensive Beratung, Qualifizierungsmaßnahmen, Fortbildungen und Vermittlungsleistungen zu erleichtern. Der dritte Sektor der Lokalen Ökonomie betrifft die Soziale Ökonomie. Hierbei werden vor allem Projekte, Betriebe, Nachbarschaftshilfen und Vereine unterstützt, die wichtige Dienste und Leistungen z. B. im Bereich Pflege, Erziehung, Kinderbetreuung oder Umwelt leisten.

Unternehmen müssen Verantwortung übernehmen

Eine wichtige Rolle bei der Qualifizierung der Bevölkerung vor Ort spielen auch ortsansässige Unternehmen, die Verantwortung übernehmen und soziales Engagement zeigen. Laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales steigt die Zahl der Unternehmen stetig, die gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und freiwilliges, gesellschaftliches Engagement in ihre Unternehmensstrategie integrieren. So erhalten z.B. auch Jugendliche aus der Nachbarschaft, die sonst keinen Ausbildungsplatz bekommen hätten, im Unternehmen eine Chance oder Langzeitarbeitslosen wird die Möglichkeit gegeben, sich im Betrieb wieder fit für den Arbeitsmarkt zu machen. Darüber hinaus verpflichten sich diese Unternehmen, darauf zu achten, dass der Produktionsstandort nicht unnötig mit Schadstoffen belastet wird und dass die unmittelbare Umwelt geschont wird.

Die Europäische Union beschreibt diese sogenannte „Corporate Social Responsibility“ (CSR) als ein System, das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit



und in die Wechselbeziehungen mit den Stakeholdern zu integrieren. Zu Recht arbeitet auch die Bundesregierung derzeit an einer nationalen Strategie, die „Corporate Social Responsibility“ fördern soll.

In den kommenden zehn Jahren steht der Europäischen Union, ihren Bürgerinnen und Bürgern sowie in Europa ansässigen Unternehmen viel Arbeit bevor, damit die Ziele der Strategie Europa 2020 erreicht werden können. Um nicht dazustehen wie 2010, bedarf es vor allem einer gemeinsamen Anstrengungen von Politik und Wirtschaft und natürlich einer wirkungsvollen Einsetzung der Europäischen Strukturfonds. ●

Der Vorschlag der Kommission nennt drei Prioritäten:

1. Intelligentes Wachstum, d.h. Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft
2. Nachhaltiges Wachstum, d.h. Förderung einer ressourcenschonenden, ökologischeren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft
3. Integratives Wachstum, d.h. Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und ausgeprägtem sozialen und territorialen Zusammenhalt

PUNKT-BEGRIFFS-LEXIKON

Lokale Ökonomie

Die Strategie zielt darauf ab, die Lebensverhältnisse in benachteiligten Stadtquartieren zu stabilisieren und zu verbessern. Im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ ist sie vor allem auf arbeitsmarkt-, beschäftigungs- und sozialpolitische Ziele ausgerichtet, d.h. Lokale Ökonomie konzentriert sich auf die Unterstützung der lokalen Wirtschaft und die Förderung der Beschäftigung, Qualifizierung und Ausbildung vor Ort sowie auf die Soziale Ökonomie. Durch Handlungsansätze der Lokalen Ökonomie werden die Stärken und Bedürfnisse der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner sowie ortsansässigen Unternehmen erkannt und verschiedene Maßnahmen ergriffen, um den jeweiligen Stadtteil und seine Bewohnerinnen sowie Bewohner wirtschaftlich zu stärken. Konkret bedeutet das, dass Unternehmen im Stadtquartier gefördert und Unternehmensgründungen unterstützt werden sollen, mit dem Ziel, mehr Arbeitsplätze vor Ort und damit wohnortnahe Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Ferner unterstützen Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen die Arbeitsmarktchancen der Quartiersansässigen, was wiederum eine Stärkung der Kaufkraft und Nachfrage in dem betroffenen Stadtteil und damit eine wirtschaftliche Stärkung nachsichzieht – denn wer Geld verdient, gibt dieses auch wieder aus und belebt somit den wirtschaftlichen Kreislauf. Last but not least unterstützen die lokalen Maßnahmen die Entwicklung sogenannter „sozialer Unternehmen“, d.h.

Stadtteilcafés, Kiez- und Schulküchen, Kulturcafés, Vereine, Wohlfahrtsdienstleister etc., die direkt der lokalen Bevölkerung mit sozialen Dienstleistungen zur Seite stehen. Dieser Bereich bietet sich zugleich an, um auch für gering Qualifizierte Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen.

Mehrwert

Hierbei müssen zwei sich gegenseitig bewirkende Mehrwerte erläutert werden. Zum einen produzieren Europäische Förderungen einen erkennbaren Mehrwert für das jeweilige Bundesland. So helfen sie beispielsweise in Berlin mittels finanzieller Unterstützung, Strukturschwächen zu überwinden, benachteiligten Stadtquartieren unter die Arme zu greifen, eine funktionierende Infrastruktur aufzubauen, Arbeitsplätze zu schaffen und das Land wettbewerbsfähiger zu machen. Über diesem Mehrwert steht wiederum der „europäische Mehrwert“, der die europäische Dimension betrifft. Europäische Förderungen dürfen so nicht nur regionalen oder nationalen Nutzen haben, sondern müssen auch klare Vorteile für die Ziele und Strategien der EU ergeben. Das heißt, sie müssen dazu beitragen, die Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten abzubauen sowie die Wettbewerbssituation Europas zu sichern und zu verbessern. Der europäische Mehrwert stand lange in enger Verbindung mit den Zielen der Lissabon-Strategie und wird sich in den kommenden Jahren an der neuen Strategie „Europa 2020“ orientieren. ●

„Wir haben diese Mittel in der Vergangenheit gebraucht, wir brauchen sie heute, wir werden sie auch in Zukunft brauchen“

INTERVIEW MIT HARALD WOLF, SENATOR FÜR WIRTSCHAFT, TECHNOLOGIE UND FRAUEN



Harald Wolf
Senator für Wirtschaft,
Technologie und Frauen

Senatsverwaltung für
Wirtschaft, Technologie
und Frauen
Martin-Luther-Straße 105
10825 Berlin

Tel.: 030 9013-0
Fax: 030 9013-8455
E-Mail: poststelle@senwtf.berlin.de

PUNKT ... Berlin ist schon lange Teil des Strukturfondsgeschehens. Was haben europäische Förderungen in der deutschen Hauptstadt bewirkt?

Berlin ist sozusagen das Urgestein europäischer Strukturfondsförderung. Wir sind dabei, seit am Ende der 80er-Jahre diese Förderung in der Art entstand, wie sie in ihren Grundzügen heute noch gültig ist. Europa war eine wichtige Hilfe, als es darum ging, die nach der deutschen Wiedervereinigung entstandenen Herausforderungen zu bewältigen. Denken Sie an die Zeit zurück, an die dramatischen sozialen und wirtschaftlichen Umbrüche, die die ganze Stadt erlebt hat. Auf uns allein gestellt, hätten wir es noch schwerer gehabt, diese Situation zu bewältigen. Da bedeutete Strukturfondsförderung ganz konkrete, europäische Solidarität. Beispiele für Veränderungen, die ohne die Strukturfonds möglich gewesen wären,

gibt es zuhauf. Ich nenne als Stichworte Adlershof, dessen Entwicklung ohne EFRE so nicht möglich gewesen wäre, oder die Modularisierung beruflicher Bildung als eine Innovation, die ohne ESF nicht in Gang gekommen wäre. Auch die lokalen Ansätze sind hervorgegangen aus inhaltlichen Anregungen europäischer Diskussionen und sie wurden und werden mit europäischer Finanzierungsbeitrag realisiert.

PUNKT ... Trotz vieler Errungenschaften werden EU-Förderungen oft eher negativ wahrgenommen. Aber stimmt das überhaupt?

Ich glaube nicht, dass das stimmt. Es geht ja leider manchmal fast schon als eine Art running gag durch, europäische Förderung als bürokratisch und lebensfern zu beschreiben. Sie erleben das Gegenteil, wenn Sie mit Teilnehmenden ESF-geförderter Qualifizierungsmaßnahmen sprechen, die durch diese Maßnahme eine Beschäftigung gefunden haben. Oder mit den Beschäftigten eines Unternehmens, deren Arbeitsplatz durch eine EFRE-Förderung gesichert wurde. Oder den Inhabern dieses Unternehmens, das sich neue Märkte erschließen können. Die Menschen, die konkret den Nutzen europäischer Förderung kennen gelernt haben, sehen das nicht negativ. Ganz wichtig ist hierbei der lokale Aspekt. Denn nur wenn

Bürgerinnen und Bürger vor Ort unterstützt und gefördert werden, wird auch der Mehrwert Europäischer Förderungen für jeden Beteiligten und das unmittelbare Umfeld sichtbar. Deshalb bleibt es eine wichtige Aufgabe, die Öffentlichkeit über Förderungen lokaler Projekte und Chancen, die sich daraus ergeben, zu informieren.

PUNKT ... Kann man noch mehr tun, um Berlinerinnen und Berliner besser über die Europäischen Strukturfonds zu informieren?

Viele Menschen in Berlin sind bereits gut über die Strukturfonds informiert. Wir haben letztes Jahr eine Umfrage durchgeführt und waren selbst ein wenig erstaunt, festzustellen, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung mit den Begriffen ESF und EFRE etwas anfangen kann. Das ist deutlich mehr als in anderen Regionen, nicht nur in Deutschland. Es ist sicher auch ein Ergebnis des Sachverhalts, dass wir in Berlin die Aufgabe von Information und Publizität schon immer sehr ernst genommen haben – als wichtige Voraussetzung, um potenzielle Nutzer zu informieren über bestehenden Möglichkeiten und Ergebnisse. Strukturfonds sind europäisches Geld und insofern ist es ein legitimes Anliegen der Europäischen Union, dass dieses Geld auch zu einer positiven Wahrnehmung von Europa und europäischer Integration führen sollte. In den Strukturfonds wird



Europa konkret und erfahrbar und das versuchen wir auch zu vermitteln.

Gerade jetzt im Mai und Juni werden wir über mehrere Wochen in der Berliner U-Bahn dafür werben und auf Förderprojekte hinweisen. Das ist Teil einer größeren Maßnahme, die wir zusammen mit der Senatskanzlei durchführen, die unter dem Motto ‚Europa ist hier!‘ steht. Neben förder technischer Information, der Pflicht sozusagen, ist das wichtig: den Menschen zeigen, welchen Mehrwert Europa im Allgemeinen und europäische Förderung im Besonderen für sie bedeutet.

PUNKT ... Stichwort Lokale Ökonomie: Wie wichtig ist die Stärkung benachteiligter Stadtquartiere durch die Förderung lokaler Projekte?

Das ist eine der zentralen Herausforderungen für Berlin. Wir wissen aus dem Stadtmonitoring – Stichwort: Sozialstrukturatlas – um die immensen Disparitäten und Herausforderungen, die sich in Berlin entwickelt haben. Sie sind das Ergebnis anderer Prozesse wirtschaftlicher, sozialer und struktureller Art. Der soziale Zusammenhalt eines Gemeinwesens ist ein hohes Gut. Ihn gilt es zu bewahren und dort, wo er gefährdet ist, wieder zu festigen. Gefährdungen sind da, wir können uns da nichts vormachen, allein schon die demografische Entwicklung birgt Risiken, selbst wenn sich sonst nichts verändern würde.

Lokale Projekte sind ein guter Weg, um Gefährdungen zu begegnen und Verbesserungen zu erreichen. Die Philosophie hinter ihnen ist richtig: dass vor Ort das Wissen um die Probleme am

größten ist; dass vor Ort auch das Wissen um die Chancen am größten ist; dass man vor Ort am besten weiß, was wann wie mit wem zu tun wäre; dass es darum geht, dieses Wissen zu heben, zu aktivieren, in Initiative und Handeln umschlagen zu lassen; dass für diesen Prozess Voraussetzungen – Expertise, Kooperation, Netzwerkbildung, Entscheidungsbefugnisse, natürlich auch Mittel – geschaffen werden müssen. Das hat gut funktioniert und deshalb werden wir auf diesem Weg auch weitergehen.

PUNKT ... Nachdem die Lissabon-Strategie nicht alle Ziele erreicht hat, soll die neue Strategie „Europa 2020“ die EU auf das neue Jahrzehnt vorbereiten. Welche Chancen und Risiken ergeben sich für Berlin?

Es sind tatsächlich nicht alle Ziele erreicht worden, aber fast überall sind einzelne der Ziele erreicht worden. Und das ist auch schon ein Erfolg. Deutschland zum Beispiel stand anfangs ganz schlecht da, was die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen betraf, heute sind wir richtig gut platziert. Die Welt ist kein sozialwissenschaftliches Labor, es fehlt uns die Kontrollgruppe, deshalb bleibt die Frage offen, was ohne Lissabon geschehen wäre. Richtig war die Fokussierung auf zentrale Herausforderungen, die zum einen Problembewältigung sein sollten, zum anderen Chancen enthielten. Das Miteinander der Mitgliedstaaten. Der Wettbewerbseffekt, den die Methode von Ergebnismessung und –vergleich, von Ranking und Benchmarking ausgelöst hat. Das war richtig und das bleibt richtig. Mit ‚Europa 2020‘ sind von

der Europäischen Kommission ja keine gänzlich neuen Ziele vorgeschlagen worden, sondern Nachjustierungen vorhandener Ziele und Veränderungen von Akzentsetzungen. Was natürlich ganz wichtig ist: ‚Europa 2020‘ ist auch eine Hintergrundfolie für die Diskussion um die Zukunft der Strukturfondsförderung. Da ist im Moment noch nicht viel konkret abseh- oder abschätzbar, aber in diesem und im nächsten Jahr wird es Weichenstellungen geben. Mein Anliegen, und das der Landespolitik insgesamt, ist natürlich, dass Berlin auch in Zukunft noch europäische Finanzmittel erhalten wird. Wir haben diese Mittel in der Vergangenheit gebraucht, wir brauchen sie heute, wir werden sie auch in Zukunft brauchen.

PUNKT ... Wie wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass ortsansässige Unternehmen Verantwortung übernehmen?

Es ist natürlich großartig, wenn Unternehmen Verantwortung über ihre betriebswirtschaftliche Verantwortung hinaus übernehmen. Umso großartiger, als sich eben in unserer Gesellschaft und auch in Berlin Segregationstendenzen entwickelt haben, wo sich Gräben zwischen verschiedenen Teilen der Gesellschaft und zwischen unterschiedlichen Gruppen zu vertiefen drohen. Konkrete Unterstützung, konkretes Mittun, konkretes Aufzeigen von dem, was geht, wenn alle Akteure am gleichen Strang ziehen, das wirkt solchen Tendenzen entgegen. Das schafft Gemeinsamkeit, das schafft Zusammenhalt, letztlich auch Vertrauen. Jenen Unternehmen, die sich so engagieren, haben meine große Anerkennung. ●



Ein erheblicher Wirtschaftsfaktor

WIE DIE KREATIVAGENTUR FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG KREATIVE UNTERSTÜTZT

Architektur, Mode- und Grafikdesign, Game-Entwicklung, Werbung, Film- und Fernsehwirtschaft, Musikproduktion, freier Journalismus ... die Kreativwirtschaft im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist schon heute ein erheblicher Wirtschaftsfaktor: Etwa 1/3 des Umsatzes wird hier durch Kreative erwirtschaftet.



Agenturleiterin Monika Schwan präsentiert die Studie „KREATIVwirtschaften“.



„Hier könnte bald der kreative Bezirk schlechthin entstehen“.

Neben den großen Unternehmen wie Axel-Springer oder der O₂-Arena sind es aber auch Einzelunternehmungen, die die Kreativbranche im Bezirk ausmachen und – um auch künftig bestehen zu können – Unterstützung benötigen. Bereits vor 2 ½ Jahren führte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) diesbezüglich eine Studie durch und analysierte die Bedarfe der verschiedenen Künstler und Kreativen. Vor allem müssten diese durch Beratungen unterstützt und ihnen geholfen werden, Netzwerke aufzubauen, so der Tenor der Studie „KREATIVwirtschaften“.

Zu diesem Zweck beauftragte das Bezirksamt die LOK.a.Motion GmbH damit, mit Hilfe europäischer Fördermittel eine sogenannte Kreativagentur zu gründen, die über Fördermöglichkeiten und Netzwerkkooperationen informiert sowie beratend und unterstützend zur Seite stehen soll. „Den meisten fehlt einfach das Einmaleins der Unternehmensführung. Anders als bei großen Unternehmen, wo Anweisungen des Vorgesetzten ausgeführt werden müssen, sind Eigeninitiative und Selbstorganisation gefragt. Kreative brauchen dabei Aufklärungsbedarf und bekommen durch uns Unterstützung“, erklärt Monika Schwan, Leiterin der seit Anfang 2010 geöffneten „Kreativagentur Friedrichshain-Kreuzberg“. Und

das Projekt wird sehr gut angenommen. Seit Bestehen konnten über 60 Neugründungen und Kreativunternehmen, die schon am Markt sind, tatkräftig unterstützt werden. Jeder, der sich an die Agentur wendet, bekommt eine speziell auf ihn zugeschnittene Unternehmensberatung. Aus der leicht zugänglichen Beratung wiederum werden Bedarfe und Hilfsstellungsmöglichkeiten ermittelt und anschließend Konzepte entwickelt, wie im Einzelfall geholfen werden kann. Zudem veranstaltet die Kreativagentur regelmäßig Workshops, Themen- und Kontaktabende, die auf die Wünsche, Bedürfnisse und Probleme der Kreativen zugeschnitten sind. Hier erhalten sie auch die Möglichkeit, Kontakte zu schließen und sich zu vernetzen. „Uns ist dabei wichtig, Impulse für eine Eigendynamik zu geben. Denn irgendwann in etwa zwei Jahren wird es uns nicht mehr geben und dann muss die Kreativwirtschaft auf eigenen Beinen stehen“, sagt Monika Schwan. Vernetzung und Kooperation unter den Kreativen werden darüber hinaus durch die sogenannten Showrooms gefördert. In einem leer stehenden Gewerberaum kommen dabei beispielsweise Modedesigner, Musikproduzenten, Innenarchitekten und Bühnenbildner zusammen und organisieren gemeinsam eine öffentliche Modenschau. „Dabei werden mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Wir machen den Gewerberaum leerstand publik, vernetzen mehrere Branchen aus der Kreativwirtschaft und unterstützen die Vermarktungsaktivitäten sowie die Öffentlichkeitsarbeit der Künstler.“

„Klopfen Künstler aus anderen Bezirken an die Tür der Kreativagentur Friedrichshain-Kreuzberg, werden diese bestimmt nicht abgewiesen“, betont die Projektleiterin. Denn es habe sich gezeigt, dass viele Kreativunternehmen in dem Bezirk unterkommen wollen, was auch darauf hindeute, wie interessant der Standort für Kreative sei. Die Projektleiterin schaut sehr optimistisch in die Zukunft, was die Entwicklung in Friedrichshain-Kreuzberg angeht: „Ich denke, in spätestens zehn Jahren haben sie alle erkannt, dass die Kreativen nicht nur wichtig sind, sondern auch stark zur wirtschaftlichen Effizienz beitragen. Mit Unterstützung auf politischer Ebene wird hier in Verbindung mit einer sehr dynamischen Wirtschaftsförderung sicherlich schon bald der kreative Bezirk schlechthin entstehen.“ ●

Die Kreativagentur Friedrichshain-Kreuzberg ist ein initiiertes Projekt des Wirtschaftsstadtrats und der Wirtschaftsförderung Friedrichshain-Kreuzberg, finanziert aus Mitteln des EFRE und des Landes Berlin.

www.kreativ-agentur-fx.de



Transnationales ESF Lernnetzwerk IMPART

VERBESSERUNG DER ARBEITSMARKTBETEILIGUNG VON MIGRANTINNEN
UND MIGRANTEN SOWIE ETHNISCHEN MINDERHEITEN



Seit April 2009 koordiniert der Berliner Integrationsbeauftragte im Auftrag der ESF-Verwaltungsbehörde das Netzwerk IMPART „Increasing the Participation of Migrants and Ethnic Minorities in Employment“. IMPART (englisch für weitergeben) ist ein transnational angelegtes Lernnetzwerk, das erfolgreich aus einer Ausschreibung der Europäischen Kommission hervorging und im Rahmen des ESF-Programms Learning for Change (Lernen für den Wandel) gefördert wird. Durch die Lernnetzwerke und das Zusammenwirken von unterschiedlichen Akteuren sollen in spezifischen regionalen, nationalen und europäischen Politikfeldern Reformanstöße gegeben werden. Für die Förderperiode 2007–2013 betont die Europäische Kommission die transnationale Zusammenarbeit als einen wichtigen Schritt zur Verwirklichung der europäischen Ziele. Die soziale Integration von Migranten wird mit einiger Wahrscheinlichkeit auch nach 2013 zu den thematischen Schwerpunkten der EU-Kohäsionspolitik im Rahmen der neuen Strategie „Europa 2020“ gehören. Aktuell werden entsprechende ESF-Aktivitäten der vergangenen 10 Jahre evaluiert, wobei Berlin zu denjenigen Regionen gehört, die die Europäische Kommission für eine vertiefte Analyse ausgewählt hat.

Das transnationale Lernnetzwerk IMPART wurde vor dem Hintergrund konzipiert, konkrete Empfehlungen für Beschäftigungsstrategien zu entwickeln. Mit Blick auf die Aussagefähigkeit und Relevanz der Inhalte profitiert IMPART in hohem Maße von seiner Transnationalität. Insgesamt 12 Partner aus 7 EU-Staaten bzw. EU-Regionen beteiligen sich am Netzwerk und bringen Ihre Erfahrungen über unterschiedliche Ansätze, Methoden und Werkzeuge zur Beschäftigungsförderung ein. Bei den Partnern handelt es sich um ESF-Verwaltungs- und -Umsetzungsbehörden sowie weitere staatliche Institutionen, die einen Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungspolitik leisten wollen und an gegenseitigem Lernen interessiert sind. Das übergeordnete Ziel ist die Verbesserung der Arbeitsmarktbeteiligung von Migrantinnen und Migranten. Dabei werden drei thematische Schwerpunkte gesetzt:

- 1 Die Anerkennung der Kompetenzen und Qualifikationen von Migrantinnen und Migranten
- 2 Die Förderung von Antidiskriminierungskompetenzen und
- 3 Integrierte territoriale Ansätze zur Förderung von Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt.

Die Auswahl dieser Schwerpunkte orientierte sich maßgeblich an aktuellen Bedarfen in Berlin. Die Weiterentwicklung des ESF-Monitorings (unterstützt durch das IT-System Eureka+) soll u. a. zu einer verbesserten Steuerung entsprechender Projekte im Rahmen des Berliner ESF-OP beitragen.

Im vergangenen Jahr wurden die Weichen für ein Peer Review (Expertenaustausch) gestellt, durch den Stärken und Schwächen ausgewählter Projekte im Rahmen des ESF evaluiert werden sollen. Entlang der Schwerpunkte wurden in drei Arbeitsgruppen Indikatoren und Benchmarks erarbeitet, also Kriterien und eine gemeinsame Grundlage für die Evaluierung definiert. Hintergrundberichte zu den politischen und sozialen Rahmenbedingungen der Länder bzw. Regionen liefern darüber hinaus wichtige Einblicke in den jeweiligen Kontext. Zusammen bilden sie den Peer Review Rahmen, bei dem mittels strukturierter Interviews die Praxis der ausgewählten Projekte geprüft und erstes Feedback gegeben werden soll.

IMPART befindet sich derzeit an dem spannenden Übergang von der Konzeptentwicklung zur Praxis: das Trainingsseminar für Peers und die ersten Besuche werden im Frühjahr 2010 stattfinden. Für Berlin werden u. a. Beteiligte des Quartiersmanagements bzw. der bezirklichen Projektebene am Peer Review teilnehmen. Erste Ergebnisse wird es voraussichtlich Anfang 2011 geben. Insgesamt möchte das Netzwerk bis April 2012 mindestens 12 Besuche umsetzen und die Ergebnisse der Evaluation in ein Empfehlungspapier zur zukünftigen Ausgestaltung des ESF nach 2013 einfließen lassen.

Für Oktober 2010 ist eine internationale Konferenz unter Beteiligung der Projektpartner sowie der Europäischen Kommission in Berlin geplant. ●

Beteiligt sind:
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, Verwaltungsbehörde ESF, Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Verwaltungsbehörde ESF Baden-Württemberg. Des Weiteren sind beteiligt die ESF Verwaltungsbehörden von Andalusien, Aragon, England, Estland, Flandern, Griechenland, Schottland, Schweden und Spanien.

Kontakt
IMPART
Dr. Ulrich Raiser
(Projektleitung)
E-Mail: ulrich.raiser@intmig.berlin.de
Tel: 9017 2313
Cigdem Ipek
(Projektkoordination)
E-Mail: cigdem.ipek@intmig.berlin.de
Tel: 9017 2328
www.impарт.eu



Europa ist hier!

Viele Berlinerinnen und Berliner fragen sich: Was habe ich hier in Berlin mit Europa zu tun?

Berlin profitiert seit zwei Jahrzehnten von den Europäischen Strukturfonds. Doch die wenigsten wissen, wo das Geld hinfließt, welche Projekte oder Maßnahmen umgesetzt werden und wie von den Förderungen profitiert werden kann. Europa findet häufig direkt vor unserer Haustür statt, wird aber nicht wahrgenommen.

Aus diesem Grund setzen die Verwaltungsbehörden ESF und EFRE des Landes Berlin eine Informationsaktion unter dem Motto „Europa ist hier!“ um, die den Berliner Bürgerinnen und Bürgern die Aktionen der Europäischen Strukturfonds in Berlin näher bringen sollen. Die Informationskampagne wird in Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei umgesetzt, die unter dem gleichen Motto weitergehende Maßnahmen zur Information über Europa in Berlin umsetzt.

Im Rahmen der Informationsaktion stellen die Europäischen Strukturfonds vier Wochen lang vom 24. Mai bis zum 20. Juni 2010 in der Berliner U-Bahn im Fahrgastfernsehen „Berliner Fenster“ und auf Werbefolien in den Wagons acht geförderte Projekte vor. Berlinerinnen und Berliner erzählen ihre ganz persönliche Fördergeschichte und heben den Nutzen für sich, für die Stadt Berlin, für Unternehmen und die lokale Wirtschaft hervor. Der lokale Mehrwert für Berlin und die Vielfalt der Förderungen wird anschaulich dargestellt.

Auf den folgenden Seiten werden zwei Projekte der Informationsaktion vorgestellt (Seite 11: Archimedes Solutions GmbH, Seite 12: BAUFACHFRAU Berlin e.V.).

Mehr Informationen über die Aktion und die dargestellten Projekte:

www.berlin.de/europa-ist-hier





Informationen erlebbar machen

DER SESSION-DESK DER ARCHIMEDES SOLUTIONS GMBH



Ob in Science-Centern in Köln und Spanien, bei einer Ausstellung des Bundesumweltministeriums zum Jahr der Biodiversität oder auf einer Veranstaltung in Japan – mit Hilfe neuer Technologie können Interessierte Informationen ganz neu erleben. Die Rede ist von den sogenannten Session-Desks, Multi-Touch-Tischen, auf denen verschiedene komplexe Inhalte abgebildet und über vielfältige Möglichkeiten der Interaktion erlebbar gemacht werden können. So vermittelt der Session-Desk Besuchern von verschiedenen Veranstaltungen beispielsweise, wie die Ressourcen auf der Welt verteilt sind, wie sich die Bevölkerung entwickelt, wie Medikamente in der Blutbahn wirken u. v. m. Mehrere Interessierte können hierbei gleichzeitig agieren, alle zehn Finger sowie die Hand einsetzen oder mit einfachen Gesten die unterschiedlichsten Informationen und vertiefenden Inhalte abrufen und sich so einen guten Überblick über die Thematik sowie Zukunftsszenarien verschaffen.

Die Archimedes Solutions GmbH, Entwickler des Session-Desks, konzentriert sich bei ihrer Arbeit auf die Herstellung technischer Innovationen im Bereich interaktiver Exponate und realisiert weltweit interessante Ausstellungen, wie den Science-Tunnel, der gerade anlässlich der 200-Jahr-Feiern vieler südamerikanischer Länder durch Lateinamerika wandert. Ausstellungsmodule präsentieren die Grundlagenforschung in zwölf Schritten von den kleinsten Teilchen über die Lebenswissenschaften bis zum Universum. Ein weiteres Highlight ist der Science-Express, der seit drei Jahren in Indien unterwegs ist und gerade seinen fünfmillionsten Besucher verzeichnet hat. Auch den mit Session-Desks ausgestatteten deutschen Science-Express, der zwischen April und November letzten Jahres 62 Bahnhöfe anfuhr, um über interessante Bereiche und Visionen der Wissenschaft aufzuklären, besuchten etwa 260.000 Besucher. Demnächst soll der Zug auf Tournee ins Ausland gehen. Bei der inhaltlichen Erstellung der Ausstellung arbeitet die Archimedes Solutions GmbH eng mit Wissenschaftlern der Max-Planck-Gesellschaft sowie anderen namhaften Forschungseinrichtungen zusammen.

Doch nicht nur Interessierte auf Messen und wissenschaftlichen Ausstellungen profitieren durch den Multi-Touch-Tisch, auch die Berliner Charité



Session-Desk der Archimedes Solutions GmbH.

und dort vor allem Studenten und junge Ärzte erwarten einen enormen Vorteil durch die komplexe Technologie. Mit Hilfe europäischer Fördermittel wird nun ein Session-Desk entwickelt, an dem auszubildende Ärzte die Behandlung von Kindern üben können. Konnten sie bislang fast ausschließlich mit Bildmaterial arbeiten – was in der Praxis nur bedingt hilft, um eine gute Diagnose durchführen zu können – haben die Arztprobanden in naher Zukunft die Chance, unter fast realen Bedingungen am Session-Desk zu üben. An einem 3D-dargestellten Kind können sie so beispielsweise die Haut spannen, um zu erkennen, ob eine Hautfärbung harmlos oder zu behandeln ist. In Zusammenarbeit mit Medizinern und Wissenschaftlern entwickelt die Archimedes Solutions GmbH gemeinsam mit der Charité derzeit einen Multi-Touch-Tisch, der möglichst realitätsnah verschiedene Symptome simuliert. Das Projekt soll in zwei Jahren abgeschlossen sein und angehenden Ärzte die Möglichkeit geben, die korrekte Diagnose zu stellen und richtig mit einem Kind umzugehen.

„Wir sind immer dabei, nach standardisierten technischen Lösungen zu suchen. Beim Exponatbau entstehen Kosten, die teilweise in keiner Relation zu den Kosten eines Exponats stehen. Dabei sind die Förderprojekte sehr hilfreich, da man sich Sachen vornimmt, die mit großem Risiko behaftet sind. Ohne Förderung würde man sie lassen, mit Förderung kann man sie machen. Die Förderungen stabilisieren das Unternehmen und schaffen so die Möglichkeit, sich in einem innovativen Umfeld zu behaupten“, unterstreicht Geschäftsführer Jörg Schmidtsiefen die Wichtigkeit europäischer Förderungen. ●



Archimedes
Solutions GmbH
Saarbrücker Str. 24 B
10405 Berlin
www.archimedes-solutions.com



In der Werkstatt der Archimedes Solutions GmbH werden die Ideen umgesetzt.



Mehr Informationen zum BAUFACHFRAU Berlin e.V.: www.baufachfrau-berlin.de

Holz im Kreativkreislauf ist ein Projekt des Bündnisses für Wirtschaft und Arbeit Pankow: www.bbwa-berlin.de



Die Baufachfrauen

BEREITS ÜBER 100 JUNGE FRAUEN UND MÄDCHEN ZU PROFESSIONELLEN HANDWERKERINNEN AUSGEBILDET



22 Jahre ist es nun schon her, dass sich eine Gruppe von Frauen zusammenschloss, um auf die schwierige Arbeitssituation von Planerinnen, d.h. Ingenieurinnen, Umwelttechnikerinnen oder Architektinnen im Westteil Berlins aufmerksam zu machen. Immer mehr Frauen schlossen derzeit die Universität mit hervorragendem Diplom ab, waren aber aufgrund von nur regem Bauvorhaben schon schnell mit der Arbeitslosigkeit konfrontiert. Im Rahmen von Ausstellungen wollten die Initiatorinnen daher auf ihre Qualifizierung aufmerksam machen und zeigen, dass auch viele Frauen in dem bis dahin eher von Männern dominierten Bereich tätig sein können. Schon bald entstand aus der Idee der Verein BAUFACHFRAU Berlin e.V., der sich seitdem dafür einsetzt, die Ausbildungs- und Berufschancen für Frauen in Bau- und Ausbauberufen zu verbessern. Nach dem Mauerfall vergrößerte sich die Bewegung schlagartig: Frauen, die schon jahrelang im Ingenieurwesen und als Bauarbeiterinnen in der ehemaligen DDR tätig waren schlossen sich dem Verein an.

„Man initiierte zunächst verschiedene Arbeitsmaßnahmen, um die vielen arbeitslosen Frauen in irgendeiner Form beschäftigen zu können“, erklärt die Geschäftsführerin der Baufachfrauen, Dipl. Ing. Edith Stoll. Hauptsächlich habe man sich dabei anfangs auf die Neugestaltung und Herrichtung von beispielsweise Spielplätzen auf Pausenhöfen oder desolaten Schulgebäuden konzentriert. Seit Mitte der 1990er bieten die Baufachfrauen zudem eine klassische Erstausbildung für Tischlerinnen an, in der bis heute über 100 junge Frauen und Mädchen zu Handwerkerinnen ausgebildet wurden. Auch

dank europäischer Fördermittel konnten die Baufachfrauen ihre Werkstatt hervorragend ausstatten, sich einen modernen Maschinenpark zusammenstellen und sich nach und nach immer mehr wertvolles Know-how aneignen. Oft kommen kleinere Handwerksbetriebe aus der Umgebung, um sich an den Hightech-Geräten einzumieten oder fachliche Unterstützung durch die Baufachfrauen zu erhalten. Hieraus ergeben sich dann wichtige Netzwerke und Kooperationsmöglichkeiten, denn neben dem fachlichen Austausch entsteht auch der direkte Kontakt zwischen Auszubildenden und potenziellen zukünftigen Arbeitgebern.

Die Baufachfrauen beschäftigen sich sehr stark mit dem nachhaltigen Möbelbau und haben das Projekt „HiKK – Holz im Kreativkreislauf“ ins Leben gerufen. Das durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) und das Job-Center Pankow für eine Laufzeit von drei Jahren geförderte Projekt zielt darauf ab, die Wiederverwendung von Resthölzern möglich zu machen. Meist landet das massenhaft in Tischlereibetrieben anfallende Restholz bei Entsorgungsfirmen und wird verbrannt. Die Baufachfrauen versuchen die Reste zu verwerten, in z.B. kleinen Möbeln, Wohnaccessoires, Spielen etc. Die Initiatorinnen arbeiten eng mit Studentinnen und Studenten sowie den Auszubildenden zusammen. „Wir wollen die Menschen für nachhaltige Produkte sensibilisieren und versuchen dabei besonders junge Menschen, d.h. die Zukunft von Morgen, zu gewinnen.“ Außerdem sehen die Baufachfrauen Potenziale, dass innerhalb der Restholzwiederverwendung zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können, die dann in erster Linie den Auszubildenden der Baufachfrauen zu Gute kommen.

Die Baufachfrauen haben in den letzten 22 Jahren viel bewegt und mit ihren diversen Projekten dazu beigetragen, dass das Berufsfeld im Bau- und Ausbaugewerbe sich auch für Frauen mehr öffnet. „Europäische Förderungen ziehen sich hierbei wie ein roter Faden durch die Projekte und sind daher von wesentlicher Bedeutung. Ohne ESF würde eine gewaltige Unterstützung wegfallen“, betont Geschäftsführerin Stoll die Wichtigkeit der Europäischen Strukturfonds. ●



Eine Mitarbeiterin des HiKK-Teams zeigt kleine Produkte, die aus Restholz entstanden sind.

Die absolut richtige Antwort auf die Fachkräftestudie

WIE DAS UNTERNEHMENSNETZWERK MOTZENER STRASSE SCHÜLERN FRÜHZEITIG
DIE WIRTSCHAFTS- UND BERUFSWELT NÄHERBRINGT



Der Leistungskurs Kunst – Jahrgangsstufe 12 – der Georg-Büchner-Oberschule entwickelte ein Logo für den Tempelhofer Damm.

Etwa 362.000 Arbeitsplätze können bis 2020 in Berlin und Brandenburg nicht besetzt werden, wenn nicht schon bald Maßnahmen ergriffen werden, um Bürgerinnen und Bürger gezielter und besser auszubilden. Zu diesem Ergebnis kommt die erste länderübergreifende Fachkräftestudie der beiden Bundesländer, die für die kommenden Jahre eine stark wachsende Nachfrage an hoch qualifizierten Fachkräften vorhersagt. Der Fachkräfte-Report der Prognos AG prognostiziert für die Region einen innovativen Wachstumskurs in Industrie und Gewerbe, der als große Chance für die Wirtschafts- und Arbeitsregion Berlin-Brandenburg angesehen werden kann. Voraussetzung für eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind jedoch gut ausgebildete Arbeitskräfte – und genau hier sehen Berlins Arbeitssenatorin Carola Bluhm (Die Linke) und Brandenburgs Arbeitsminister Günter Baaske (SPD) großen Handlungsbedarf. „Wenn jetzt alle Akteure an einem Strang ziehen und strategisch handeln, muss es kein Defizit zwischen Bedarf und Angebot geben. Unternehmen, Ausbildungsbetriebe, Schulen und Hochschulen, Arbeitsagenturen und JobCenter sollen mit Blick

auf den Arbeitsmarkt zielgerichtet qualifizieren. Die Ressourcen sind da“, erklärt die Berliner Arbeitssenatorin bei der Vorstellung des Berichts. Besonders in den Bereichen Medien, Informations- und Kommunikationstechnologie, Umwelt- und Energietechnik, Verkehrssystemtechnik, optische Technologien, Kunststoffe und Chemie, Maschinen- und Anlagenbau, unternehmensnahe Dienstleistungen, Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften aber auch Pflege und Gesundheit sehen die beiden Politiker große Potenziale für Fachkräfte, um die bereits jetzt konkurrenziert wird.

Doch was kann konkret unternommen werden? Wie lässt es sich organisieren, dass alle Akteure effektiv an einem Strang ziehen? Eine gute Antwort darauf liefert das 2005 gegründete UnternehmensNetzwerk Motzener Straße e.V., welches sich für die Belebung und Stärkung des Bereiches Motzener Straße im Bezirk Tempelhof-Schöneberg einsetzt. Angefangen mit sieben Gründungsfirmen, engagieren sich derzeit über 50 Unternehmen aus dem Standort für ein besseres Miteinander, eine Verstärkung der zwischen-

Gemeinsame
Fachkräftestudie Berlin-
Brandenburg:
[www.berlin.de/sen/
arbeit](http://www.berlin.de/sen/arbeit)

Kostenlose Bestellung
per E-Mail:
[broschuerenstelle@
senias.berlin.de](mailto:broschuerenstelle@senias.berlin.de)



Gabriele Isenberg-Holm und Rainer G. Jahn setzen sich tatkräftig für ihre Umgebung ein.

betrieblichen Kooperation und die Vertretung gemeinsamer Interessen. Den demografischen Wandel und die steigende Nachfrage an qualifizierten Fachkräften im Hinterkopf, fasst sich das Netzwerk auch schon früh mit der Nachwuchssicherung. „Viele Unternehmen haben jetzt schon Nachwuchssorgen und deswegen ist es die Aufgabe des Unternehmensnetzwerks, das Problem systematisch anzupacken und hier eine Möglichkeit des Zugangs zum Nachwuchs zu finden“, erklärt Rainer G. Jahn, stellvertretender Vorsitzender des Unternehmensnetzwerks. Man habe so bereits früh angefangen, mit Schulen aus der Umgebung zu kooperieren und in Zusammenarbeit mit der ansässigen Industrie und Wirtschaft frühzeitig berufliche Orientierung zu bieten. Parallel zum Girls-Day rief das Netzwerk den Industrietag ins Leben, an dem auch Jungs in das Berufsleben hineinschnuppern können. Zudem entwickelte es eine Ausbildungsbroschüre, die über mögliche Ausbildungsstellen, Berufsbilder sowie Praktika informiert und ab der 9. Klasse im Arbeitslehre-Unterricht Orientierung bietet. Weiterhin werden regelmäßig Treffen zwischen Unternehmen und Schulvertretern veranstaltet, um passende Kooperationen auszuloten.

Um die Zusammenarbeit mit den umliegenden Schulen noch zu intensivieren, hat das Unternehmensnetzwerk 2009 gemeinsam mit dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg, im Rahmen des bezirklichen Demographieprojektes an der Georg-Büchner-Oberschule ein Modellprojekt mit dem treffenden Namen: „Schule kann mehr“ verwirklicht. „Lehrpläne an Gymnasien enthalten oft keine wirtschaftsrelevanten Fächer und Abiturienten haben, wenn sie in einem wirtschaftsorientierten Beruf landen, keine Ahnung, was da gespielt wird“, sagt Rainer G. Jahn. Doch sei es von enormer Wichtigkeit, jungen Menschen über den normalen Bildungsauftrag der Gymnasien hinaus zu vermitteln, wie die Berufswelt funktioniert, was wirtschaftsrelevante Themen oder Soft-Skills sind – nur so könne man auch mehr Fachkräfte unter den Abiturientinnen und Abiturienten herausbilden. So hat das Unternehmensnetzwerk in Zusammenarbeit mit Schule, Industrie und Schülern verschiedene Maßnahmen entwickelt, die wirtschafts- und arbeitsweltorientierte Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln sollen. Beispielsweise arbeitet eine Gruppe von 20 Schülerinnen und Schülern einer 9. Klasse momentan an dem auf

ein Jahr angelegten Schulprojekt „Latein trifft Pop“: Zuerst wird hierbei ein deutscher Liedtext ins Lateinische übersetzt. Im Mai folgt die Aufnahme in einem professionellen Tonstudio der Landesmusikakademie Berlin. Anschließend wird die Hülle zusammen mit einer Kunstklasse entworfen und gestaltet, bevor das fertige Produkt auf dem Sommerfest der Schule verkauft werden soll. Andere Klassen beschäftigen sich mit der Entwicklung von Werbeplakaten für Unternehmen, entwerfen Logos für eine Geschäftsstraße oder entwickeln umweltfreundliche Verpackungen, die schließlich in kleinen Serien produziert werden sollen. Die Jugendlichen lernen durch die Projekte gleich mehrere Berufsfelder kennen, die der späteren Orientierung dienen: Sie lernen den Ablauf einer Produktion, erfahren, wie man eine Kalkulation erstellt, betätigen sich als Mediendesigner und arbeiten dabei eng mit einem Unternehmen zusammen.

Ohne die funktionierende Zusammenarbeit zwischen Schulen, Unternehmen und Schülern wäre das Modellprojekt „Schule kann mehr“ nicht denkbar. Auch europäische und regionale Fördermittel spielen hierbei eine große Rolle. Neben den anfallenden Sachkosten kann die für das Projekt so wichtige Koordinationsstelle finanziert werden. Lehrer haben meistens nicht das Know-How und auch nicht die Kontakte zu Industrie und Wirtschaft, um effektive Kooperationen ins Leben zu rufen. „Hierbei bedarf es jemandem, der aus der Wirtschaft kommt und weiß, wie die Wirtschaft tickt“, sagt Jahn und verweist stolz auf die Geschäftsführerin des Netzwerks, Gabriele Isenberg-Holm, die das Projekt seit Beginn mit viel Herzensblut koordiniert.

„Das Projekt ist die absolut richtige Antwort auf die Fachkräftestudie. Wir erleben momentan ein Phänomen: Die Zahl der Auszubildenden, die nichts finden, ist groß und die Anzahl, die gesucht wird, ist fast gleich groß. Es muss also so sein, dass man am Bedarf vorbei ausbildet. Ein solches Modell, wie wir es hier haben, ist genau das richtige, um zielgerichtet Auswahlmöglichkeiten für den passenden Beruf zu vermitteln“, erklären Jahn und Isenberg-Holm unisono. Sie wünschen sich nur, dass die Laufzeit des Projektes von zwei auf drei Jahre verlängert wird. So könne man noch bessere Erfahrungen aus dem Modellprojekt ziehen und die Chance erhöhen, dass das Modellprojekt auch an andern Schulen verwirklicht wird. ●



● Deutsche Gründer- und Unternehmertage in Berlin ●

Am 29. Und 30. Oktober 2010 finden in der STATION-Berlin am Gleisdreieck „Die Deutschen Gründer- und Unternehmertage (deGUT)“ statt. Bereits seit über 25 Jahren engagiert sich die Messe für Existenzgründungen sowie Unternehmertum. Sie unterstützt Gründerinnen und Gründer, damit aus ihren Ideen tragfähige Unternehmen werden. Experten, Banken, Wirtschaftsverbände und erfolgreiche Unternehmer geben wichtige Informationen, worauf man bei einer Selbstständigkeit achten muss. Interessierte erfahren darüber hinaus Wissenswertes zum Thema Marketing, Recht, Personal oder Vertrieb. Die Messe, die dieses Jahr von der Standortinitiative „Deutschland Land der Ideen“ zu einem der 365 bundesweiten Ausgewählten Orte 2010 gekürt wurde, wird gefördert aus Mitteln der Bundesländer Berlin und Brandenburg sowie aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der beiden Länder.

Vertrag von Lissabon Artikel 125

* 01.12.2009
† 11.04.2010



●●● Ist deutsches Brot ungesund? ●●●

Die Europäische Kommission findet, dass der Salzgehalt im deutschen Brot zu hoch ist und das Grundnahrungsmittel daher ungesund. Ein Brot dürfe nur dann als gesund bezeichnet werden, wenn es einen Salzgehalt von 1,3 Prozent habe – in Deutschland würden jedoch 1,8 bis 2,2 Prozent verwendet, so die Erklärung. Deutsche Bäcker befürchten nun, dass sie ihr Produkt nicht mehr als gesund bewerben dürfen.

●● Der Leiter der Verwaltungsbehörde ESF des Bundes geht in den Ruhestand ●●

Günter Winkler, langjähriger Leiter der Verwaltungsbehörde ESF im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, scheidet im Juli aus dem Amt. Für die Länder war Herr Winkler ein Ansprechpartner, mit dem es möglich war, Themen, Fragen, Wünsche, Anliegen, Probleme aller Art jederzeit konstruktiv und vertrauensvoll zu besprechen. Wir wünschen ihm alles Gute.

● EU-Kommission kämpft gegen unnötige Bürokratie ●

Die Europäische Kommission hat die Expertengruppe um den früheren Ministerpräsidenten Edmund Stoiber damit beauftragt, ihren Einsatz gegen unnötige Bürokratie fortzusetzen. Bis 2012 soll ein Viertel des bürokratischen Aufwandes auf europäischer und internationaler Ebene abgebaut sein. „Verwaltungsaufwand abzubauen bedeutet, Wachstumspotenziale in unseren Unternehmen freizusetzen“, betont EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, der das Thema zur Chefsache gemacht hat.

●●● Das IT-System läuft nun – fast rund ●●●

Das IT-Begleitsystem EUREKAPlus für den ESF entwächst seinen Kinderkrankheiten. Nach der Inbetriebnahme am 13.01. traten – teilweise intensive und auch länger andauernde – Probleme auf, die vorher in Tests nie aufgetreten waren. Zwei Wochen lang waren Antragstellungen, vier Wochen lang Berichterstattungen nicht möglich. Auch die Migration der Alt-Daten nahm mehr Zeit in Anspruch, als erwartet worden war. Auch nach Behebung der ärgsten Probleme im Februar wurde die Nutzbarkeit des Systems durch Performanceprobleme zeitweise stark behindert, die nur sukzessive behoben werden konnten. Weitere Optimierungen erfolgen auch jetzt noch fortlaufend. Wer Kritik und/oder Verbesserungsvorschläge formulieren möchte: eurekaplus-vorschlag@ecg.de

● Kommissionsvorschlag zur Ausgestaltung der Europäischen Bürgerinitiative ●

Die Europäische Kommission hat am 31. März einen Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vorgelegt, wie die geplante Europäische Bürgerinitiative ausgestaltet werden könnte. Demnach müssten Verfahren und Bedingungen für die Durchführung von Bürgerinitiativen erleichtert und dafür gesorgt werden, den Geist der Vertragsbestimmungen zu wahren. Nähere Informationen zum Kommissions-Vorschlag finden Sie hier:

http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/citizens_initiative/docs/com_2010_119_de.pdf

ZU RECHT BEFRAGT

Verbot der Diskriminierung wegen des Alters bekräftigt

Urteil des Europäischen Gerichtshofs in der Rechtssache C-555/07

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-01/cp100004de.pdf>



Frau Küçükdeveci arbeitete bereits seit ihrem 18. Lebensjahr für das Unternehmen Swedex. Zehn Jahre nach ihrer Einstellung wurde sie jedoch im Alter von 28 Jahren unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von nur einem Monat entlassen. Laut deutschen Rechtsvorschriften ist diese kurze Kündigungsfrist zulässig, da die vor der Vollendung des 25. Lebensjahres liegende Beschäftigungszeit nicht bei der Berechnung berücksichtigt wird. Normalerweise hätte Frau Küçükdeveci eine Kündigungsfrist von 4 Monaten zugestanden, was einer Betriebszugehörigkeit von 10 Jahren entspräche. Die Europäische Richtlinie

2000/78 verbietet jedoch eine Diskriminierung wegen des Alters, um Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf zu erreichen. Daher fällt die deutsche Kündigungsregel in den Anwendungsbereich der EU. Der Gerichtshof argumentiert, dass das Ziel der deutschen Regelung, dem Arbeitgeber größere personalwirtschaftliche Flexibilität zu verschaffen, nicht in Einklang mit den Zielen der EU-Richtlinie steht. Der Gerichtshof erinnert aber daran, dass eine Richtlinie nicht zwingend ist und sich Betroffene daher nicht darauf berufen können. Den nationalen Gerichten wird bei einem Rechtsstreit jedoch nahegelegt, den rechtlichen Schutz, der sich für die Einzelnen aus dem Unionsrecht ergibt, sicherzustellen und ggf. nationales Recht unangewendet zu lassen. ●

SCHLUSSPUNKT

EU-Arbeitsmärkte erholen sich weiter

Aktuelle Statistiken aus den Monaten Januar und Februar 2010 attestieren eine beständige Stabilisierung des EU-Arbeitsmarkts. Ein halbes Jahr nach Beginn des wirtschaft-

lichen Aufschwungs sind rückläufige Beschäftigungszahlen dennoch weiterhin möglich, da die Konjunktorentspannung bis dato noch keinen bleibenden Einfluss auf die Arbeitsmärkte ausüben konnte. Beschäftigungszahlen in der EU haben kürzlich Zeichen der Stabilität aufweisen können. Zwar stieg die Zahl der Erwerbslosen um weitere 136.000 auf nunmehr 24,2 Millionen. Seit Mitte des Jahres 2008 war der Anstieg der Arbeitslosigkeit jedoch nicht so gering wie in den letzten drei Monaten. Ebenfalls erholt hat sich die Arbeitsmarktsituation für junge Arbeitnehmer und Jugendliche. Die Zahl der Erwerbslosen dieser Altersgruppe stieg um mäßige 22.000 an und befindet sich nun bei 5,5 Millionen. Dennoch erholte sich die Erwachsenenarbeitslosigkeit im Januar deutlicher als die der Jugendlichen. Im aktuellen Bericht der Kommission fallen Vorhersagen bezüglich der EU-Arbeitsmärkte für das Jahr 2010 ungünstig aus. Obwohl Unternehmer optimistischer in die Zukunft blicken, steht die EU-Konjunktur auch weiterhin vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten. ●

Employment growth for the EU and larger Member States

